



Die Ausrottung des grossen nordamerikanischen Büffels

Rolf Weder, Professor für Ökonomie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum und am Europainstitut der Universität Basel

Wer kennt sie nicht, die grossartigen Büffelherden im amerikanischen „Wilden Westen“: Hunderte oder gar Tausende dieser zottigen, mächtigen Tiere, die auf einer bis fast ins Unendliche reichenden Prärie friedlich grasen; das männliche Leittier, das mit finsterem Blick dauernd auf der Hut die Mitglieder der Herde (insbesondere die weiblichen) vor Überraschungen schützt. Plötzlich wird diese Idylle durch einen Schuss aus einer Winchester oder von einem zischenden Pfeil unterbrochen. Einzelne Büffel—eigentlich „Bisons“ genannt—brechen röchelnd in sich zusammen. Das Chaos bricht aus. Die Herde bewegt sich donnernd in unterschiedliche Richtungen. Cowboys, Indianer und/oder Büffeljäger preschen „jaulend“ mit ihren Pferden hinterher. Es wird geschossen, manchmal werden auch die Jagenden verletzt von einzelnen sich wehrenden, aber im Prinzip chancenlosen Büffeln. Am Schluss kehrt die Ruhe wieder ein. Die Prärie ist mit zahlreichen toten Tieren übersät. Die gejagten Geschöpfe werden enthäutet, das Fleisch abtransportiert und die Felle auf dem Markt als warme Kleidungsstücke verkauft. So kennen wir diese Episode aus Indianer- und Cowboyfilmen, aus Büchern oder vielleicht vom „Hörensagen“. Der Name des Büffeljägers „Buffalo Bill“ dürfte einigen von Ihnen bekannt sein. Einige dürften die Büffel im Zoo oder gar ausgestopft in einem historischen Museum antreffen, doch erscheinen sie dort viel kleiner und die Dimension einer Herde ist in dieser Umgebung

nicht mal erahnbar. Im 16. Jahrhundert lebten in Nordamerika rund 30 Millionen Büffel, Ende des 19. Jahrhunderts wurden nur noch rund 100 Exemplare (!) gezählt. Man könnte nun meinen, dass die Gründe für das Verschwinden der grossen Büffelherden in Nordamerika hinlänglich bekannt sind. So befassten sich in der Tat zahlreiche Interessierte und Wissenschaftler damit - insbesondere viele Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler sowie einzelne Vertreter anderer Disziplinen. Während die Beseitigung der Büffelherden im Osten des Mississippi den Siedlern zugesprochen wird und über mehr als 100 Jahre dauerte, schieben diese Analysen die Verantwortung für das Abschlagen der restlichen 10 bis 15 Millionen Büffel im Mittleren Westen („Great Plains“) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewöhnlich der U.S. Armee, den Indianern, den Siedlern, der Ausbreitung der Eisenbahn oder der Einschränkung des natürlichen Lebensraumes infolge der Ausbreitung der Zivilisation zu, d.h. also inneramerikanischen Zusammenhängen. Ein Argument lautet zum Beispiel, dass die U.S. Armee eine gezielte Dezimierung der Herden anstrebte, um den Indianern die Lebensgrundlage zu nehmen. Andere Erklärungen weisen auf die Erfindung einer schnell nachladbaren Schusswaffe hin.

Es bedurfte eines Ökonomen, und dazu noch eines kanadischen von der University of Calgary, Professor M. Scott Taylor, der in einem so-

eben veröffentlichten Working Paper in einer überzeugenden Analyse zu ganz anderen Schlüssen kommt¹. Er argumentiert, dass die Reduktion der Büffelbestände innert kürzester Zeit auf Grund einer technischen Innovation in Europa in Kombination mit dem internationalen Handel von rohen Büffelhäuten erfolgte. Seine sorgfältige Analyse zeigt, dass zwischen 1871 und 1883 wohl rund 6 Millionen Büffelhäute exportiert wurden, was eine Tötung von ungefähr 9 Millionen Büffeln impliziert. Diese Zahlen errechnet er aufgrund von bruchstückhaft vorhandenen Handelsdaten. Die Zeitspanne stimmt auch perfekt mit einer in Europa erfolgten Innovation im Bereich der Gerberei überein. Während es früher unmöglich war, Büffelhäute zu Lederprodukten zu verarbeiten (aufgrund spezieller Eigenschaften), gelang es dem Gerbereigewerbe in England und Deutschland im Jahre 1871, Büffelhäute so zu behandeln, dass man sie nachher als Lederwaren für den industriellen Gebrauch und in der Bekleidungsindustrie weiterverwenden konnte. In Nordamerika kannte man diese Methode nicht. Taylor schliesst zu den bisher geglaubten Erklärungen für die 'Abschlachtung': „I argue that the usual suspects held responsible for the slaughter of the plains (...) are in fact innocent.“ (S. 5). Der Artikel dürfte bald in einer Topfachzeitschrift publiziert werden.

¹ M. Scott Taylor (2007), „Buffalo Hunt. International Trade and the Virtual Extinction of the North American Bison“, NBER Working Paper No. 12969 (März), Cambridge (Mass.)

Nordamerikanische Büffel

Warum schildere ich Ihnen dies? Aus zwei Gründen. Erstens ist die Analyse ein Meisterlehrstück dafür, wie neue Erkenntnisse in der Wissenschaft auf Grund einer engen Verbindung von präziser Theorie und empirischer Evidenz zustande kommen. Taylor argumentiert auf der Basis eines (mathematischen) Modells, das den Bezug zwischen dem internationalen Handel und dem Abbau von erneuerbaren Ressourcen ins Zentrum der Betrachtung stellt. Das Modell erklärt das Verhalten der beteiligten Akteure (Büffel, Büffeljäger, Verarbeitungsindustrie, Konsumenten) über die Zeit und macht z.B. Prognosen über den Verlauf der Preise (die Preise sollten konstant bleiben); die Preisentwicklung unterscheidet sich so auch von einer alternativen Erklärung ohne internationalen Handel (die Preise würden typischerweise steigen). Solche Hypothesen werden dann aufgrund von em-

pirischen Daten überprüft, welche auf der Basis von sorgfältigen Analysen zahlreicher Quellen in Archiven und von Interpretationen von Handelsstatistiken zusammengestellt werden. Die Theorie zwingt dabei zur Präzision und hilft, alternative Erklärungen gezielt auszuschliessen.

Zweitens zeigt das Beispiel wie natürliche Ressourcen, die sich im Allgemeinbesitz befinden (sogenannte „Commons“), aufgrund eines unerwarteten technischen Fortschritts und bei starker internationaler Verflechtung von Volkswirtschaften rasch vernichtet werden können, ohne dass die Politik in der Lage ist, hier schnell genug einzugreifen. Dies muss nicht so sein, da der internationale Handel in vielen Fällen über die Wertsteigerung einer Ressource auch Anreize schafft, diese Ressource besser zu bewirtschaften. Je nach Bedingungen sind unterschiedliche Resultate möglich. Die Auf-

arbeitung der faktischen Ausrottung des Büffels in Nordamerika ist auch deshalb wichtig, weil sie auf Grund eines Austausches zwischen einem damaligen Entwicklungsland (USA) und zahlreichen Industrieländern (Europa) ausgelöst wurde. Weitere (aktuellere) Beispiele sind möglich, und es ist wichtig, sie vorherzusehen.

Und die Moral der Geschichte? Ich sehe zwei Lehren. Erstens waren es die Europäer, und zwar die Daheimgebliebenen, welche die Hauptverantwortung für ein trauriges und gleichzeitig prominentes Kapitel der amerikanischen Umweltgeschichte tragen. Dies ist interessant. Zweitens bestätigt die Analyse, worauf auch Scott Taylor vor kurzem in seinem Vortrag an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hinwies: „economics works.“

Studienreise



Studienreise nach Luxemburg und Brüssel, 2. - 7. Juli 2007

Oliver Zihlmann, Assistent Institutsleitung, Europainstitut der Universität Basel

„Es gibt auf Seiten der EU keine Konzeption für den Umgang mit der Schweiz – die Schweiz interessiert hier sowieso niemanden“. Mit provokanten Pointen dieser Art referierte Ulrich Trautmann Anfang Juli vor den Studenten des Europainstitutes auf deren Studienreise in Brüssel. Trautmann ist der Beauftragte der Europäischen Kommission für die Schweiz. Und seine Meinung blieb natürlich nicht unwidersprochen.

Bereits am nächsten Tag der Studienreise konterte Botschaftsrat Hans Haefliger von der Schweizer Mission in Brüssel in seinem Vortrag: „Die Schweiz hat stets gut mit der EU ver-

handelt – da gibt es natürlich auch Neider.“

Der Schlagabtausch zwischen den Protagonisten der Kommission und der Schweizer Diplomatie ist ein gutes Beispiel für die Aktualität und Brisanz der Diskussionen zwischen den Studenten und den Experten auf der jährlichen Studienreise des Europainstitutes zu den Europäischen Institutionen in Luxemburg und Brüssel. Es handelt sich keinesfalls um eine Sightseeing-Reise, bei der die verschiedenen Einrichtungen einfach besucht werden. Vielmehr werden die Studierenden jedes Jahr von Fachexperten mit kontroversen juristischen und politischen

Fragen der europäischen Integration der Schweiz konfrontiert.

Dies geschah nicht nur bei der Schweizer Mission in Brüssel und bei der Kommission. Auch in den Fragestunden mit den Schweizer Vertretern bei der NATO, Linus von Castelmuir und Markus Maeder, kam es zu einer kritischen Debatte über die Rolle des Schweizer Militärs in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage.

Neben den Fragen der Schweizer Politik gegenüber EU und NATO stand vor allem der Afghanistan-Konflikt im Zentrum. NATO-Expertin, Nadia Milanova, gab einen detaillierten Einblick über die militärische Lage im

Land und Bettina Muscheidt, „Generaldirektorin Aussenbeziehungen für Asien“ der Kommission zeichnete ein genaues Bild der Schwierigkeiten, die die EU bei der Hilfe für den zivilen Wiederaufbau zu meistern hat. Den Höhepunkt aus juristischer Sicht bot die Teilnahme an einer kritischen

Verhandlung des Europäischen Gerichtshofes – einem Präzedenzfall in dem entschieden wird, ob europäische Firmen künftig Schadensersatz von der EU für Ausfälle einklagen können, die sie aufgrund von ausländischen Strafzöllen erlitten haben. Es galt demnach ein ebenso dichtes

wie spannendes Programm zu absolvieren, das den Nutzen dieser Reise für die Studierenden noch einmal eindrucksvoll bestätigte.

Europakolloquium: die EU in Afghanistan



Das EU-Engagement in Afghanistan

Europakolloquium mit Bettina Muscheidt, Europäische Kommission

Annina Bürgin, Assistentin Politikwissenschaft, Europainstitut der Universität Basel

Am 11. Juni 2007 fand am Europainstitut ein Europakolloquium statt, dessen Thema ein äusserst durchmischtes Publikum anzog. Frau Bettina Muscheidt von der Europäischen Kommission erläuterte den Hörerinnen und Hörern das umfassende Engagement der Europäischen Union in Afghanistan.

Als Einstieg fasste Frau Muscheidt die Ereignisse seit den 1990er Jahren zusammen, um die aktuellen Entwicklungen besser verstehen zu können. Von 1995 bis 2001 herrschten die erstarkten Taliban und sorgten trotz allem für eine gewisse „Ruhe und Ordnung“, wie die Referentin in persönlichen Gesprächen während ihres Afghanistan-Aufenthaltes erfuhr. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 kam es zu einer von den USA geführten Intervention, da vermutet wurde, dass das Taliban-Regime das Terrornetzwerk al-Qaida in Afghanistan beherbergte oder zumindest duldete. Nach dem Vertreiben der Taliban wurde im Dezember 2001 die „Petersberger Konferenz“ in Bonn durchgeführt, an der sich verschiedene Führer der Mudschaheddin und Exilgruppen einigten, das Land neu zu ordnen und zu demokratisieren. An dieser Konferenz wurde auch die Bildung einer Übergangsregierung beschlossen, die laut Frau Muscheidt einiges geleistet habe. Auf die Frage

was in den letzten Jahren erreicht wurde, betonte die Referentin die folgenden vier Punkte. Erstens bestehe seit 2003 ein verfassungsgebendes Parlament (Loya Dschirga), das kurz danach eine afghanische Verfassung verabschiedet habe, die betreffend Menschenrechte fortschrittlich einzustufen sei. Zudem fanden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, welche einen relativ hohen Stimmenanteil verzeichnen konnten. Zweitens konnte die Gesundheitsversorgung massiv gesteigert werden, indem sie heute rund 80% der Menschen erreiche. Drittens seien die Verdoppelung der Einschulungsraten (gerade bei Mädchen) und die Verringerung der Analphabetenrate auf dem Lande sehr erfreulich. Und schliesslich konnten rund vier Millionen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.

Leider ist die afghanische Bevölkerung nach wie vor mit grossen Problemen konfrontiert. Viele Gesellschaftsmitglieder sind traumatisiert, leben in prekären Sicherheitsverhältnissen mit einem Justizwesen, das weiterhin Defizite aufweist und mit einer Verwaltung, die praktisch nur in Kabul funktioniert und wo die Provinzen abgekoppelt ein quasi-eigenständiges Dasein fröhen. Frau Muscheidt betonte, dass ein grosses Hindernis jedoch nach

wie vor der Drogenanbau darstelle. Rund 90% des Weltmarktes wird von Afghanistan bedient, was auch die Erhöhung der Anbaufläche um 60% in den letzten Jahren erklärt. Die Gründe für den Anbau sind vielschichtig, wobei die Resistenz des Schlafmohns gegen widrige Witterungsbedingungen eine grosse Rolle spiele.

Schliesslich ging Frau Muscheidt auf die Aufgaben der Europäischen Kommission in Afghanistan ein. Die Europäische Kommission unterhält in Kabul – wie bereits zu Zeiten der Talibanherrschaft – ein Büro, das nach 2001 erweitert wurde. Die Delegation aus Europa besteht heute sowohl aus Kommissionsmitgliedern als auch aus einem Gesandten des Sonderbeauftragten für Aussenbeziehungen Xavier Solana. Ein erstes, vierjähriges Entwicklungshilfeprogramm lancierte die Europäische Kommission bereits 2002. Im aktuellen Finanzrahmen der EU konnte man sich auf ein Nachfolgeprogramm einigen, das von 2007 bis 2014 läuft und welches rund 150 Mio. Euro pro Jahr bereitstelle. Wie jede internationale Organisation oder NGO fokussiert auch die EU-Kommission auf gewisse Bereiche. Die drei Schwerpunkte umfassen Governance (Regierungsführung), den Sozialbereich und die regionale Kooperation.

Bei der Regierungsführung stehen vor allem Reformen des Justizwesens und des Gesundheitssektors im Zentrum. Im Bereich „Soziales“ fokussiert die Europäische Kommission auf benachteiligte Gruppen wie zum Beispiel Strassenkinder oder aber forciert die Entminung. Obwohl die Europäische Kommission unbestritten einen Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans lei-

stet, musste Frau Muscheidt bestätigen, dass die Europäer eigentlich zu wenig „carrots and sticks“ zur Verfügung hätte, um auf die Sicherheitslage einzuwirken. Das „Unternehmertum“ und die Energie der einzelnen Afghaninnen und Afghanen beeindruckten Frau Muscheidt, das sie trotz allen zu bewältigenden Schwierigkeiten dennoch züversichtliche stimmte.



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Veranstaltungen

Vortrag von Nationalrätin Christa Markwalder

27. August 2007, 20 Uhr

Workshop „Herausforderungen des Friedenserfolges“

13. September 2007, 08.30-12.00

Diplomfeier des NDS XIV mit Botschafterin Maria-Gabrielle Ineichen-Fleisch, seco

22. Oktober 2007, 18.15 Uhr

„Welcher Platz für Europa in den Eidgenössischen Wahlen?“

Im Anschluss an die Generalversammlung des Fördervereins des Europainstituts Apéro ab 19 Uhr, Europainstitut, Universität Basel

Im Rahmen des SGS-Kongress „Krieg“, 12. - 14. September 2007

Universität Basel, Petersplatz 1
Weitere Information und Anmeldung:
www.europa.unibas.ch

„Die Zukunft des WTO-Systems: Chancen und Risiken“

Alte Aula der Museen, Museum der
Kulturen, Basel

Europavortrag

mit Botschafter Peter Mauer,
Schweizerischer Botschafter bei der
UNO, New York

12. November 2007, 18.15 Uhr

Tagung

NEUES DATUM (!)

22. November 2007, 09.15 - 17.00 Uhr

„Europa als Teil der UNO“

Europainstitut, Universität Basel

„Aktuelle Tendenzen im Europäischen Wirtschafts- und Steuerrecht“

Internationale Referentinnen und Referenten
Leitung: Prof. Dr. Christa Tobler, Professorin, Europainstitut Universität Basel und
Universität Leiden
Europainstitut, Universität Basel
Informationen/Anmeldung: Frau Linda Algotsson (linda.algotsson@unibas.ch)

Mitteilung

Prof. Dr. Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft am Europainstitut der Universität Basel, ist in die Steuerungsgruppe des European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) mit Sitz in Brüssel gewählt worden. Dabei handelt es sich um die Plattform rund 20 europäischer NGOs, NGO-Netzwerke und Think Tanks, die im Bereich der Friedensförderung aktiv sind (www.eplo.org).

**Weitere Informationen zu un-
seren Veranstaltungen finden
Sie laufend unter:
www.europa.unibas.ch**